

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
22.07.2013
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 5-10
Schriftführung
Hans-Jörg Fedder
Telefon-Nr.
02202-142865

Niederschrift

Jugendhilfeausschuss
Sitzung am Dienstag, 18.06.2013

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:33 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.04.2013 - öffentlicher Teil -
0246/2013**
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**
0247/2013
- 6** **Tätigkeitsbericht 2012 der gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle der Jugendämter im Rheinisch-Bergischen Kreis beim Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach**
0248/2013
- 7** **Sachstandsbericht Aufgabengebiet Vormundschaften und Pflegschaften**
0261/2013
- 8** **Modellprojekt "Großtagespflege"**
0268/2013
- 9** **Neu-Konzeption Spielgruppen**
0271/2013
- 10** **Delfin 4 und die Ergebnisse Sprachstandsfeststellung 2012**
0256/2013
- 11** **Antrag des Vereins Hopps e. V. - Entwicklungsförderung mit dem Pferd und Heilpädagogisches Reiten und Voltigieren, Platanenweg 7, 51467 Bergisch Gladbach, auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII**
0263/2013
- 12** **Anträge der Fraktionen**
- 13** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Frau Münzer eröffnet die 19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der achten Wahlperiode und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Sie gibt die entschuldigten Ausschussmitglieder und die anwesenden Vertreter und Vertreterinnen bekannt (*s. Teilnehmerliste, Anlage 1*).

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.04.2013 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.04.2013 - öffentlicher Teil - *0246/2013*

Herr Zenz verliest eine Mitteilung den Verzicht des katholischen Kirchengemeindeverbands West auf die Einrichtung einer vierten Gruppe im Familienzentrum Schildgen betreffend.

Herrn Klein (Fraktion DIE LINKE./BfBB) ist nicht klar geworden, wie es zu der vorgetragenen Entscheidung kam. Er berichtet über ein Gespräch mit Herrn Klein vom Kirchenvorstand Schildgen. Nach dem Beschluss in der letzten Ausschusssitzung sei er zuversichtlich gewesen, dass zusätzliche Kindergartenplätze für 20 Kinder geschaffen würden. Er bedaure die vorgetragene Entwicklung und bittet um zusätzliche Informationen.

Herrn Zenz erinnert daran, dass bereits bei der Beschlussfassung der Jugendhilfeausschuss darüber unterrichtet wurde, das Erzbischöfliche Generalvikariat benötige weitere 43.000 € (anstatt der beschlossenen 20.000 €). Der Stadt Bergisch Gladbach seien aber aufgrund der bestehenden Richtlinien und der Fördersystematik die Hände gebunden. Die Entwicklung in Schildgen bleibe abzuwarten. Heute bekannter Sachstand sei, dass aus Schildgen für ein Kind über drei Jahren ein Platz gesucht würde. Die Leiterin der Kindertagesstätte habe von einer Warteliste mit 25 Kindern gesprochen (Stand Januar 2013), die aber noch nicht aktualisiert worden sei.

Zu einer Anmerkung Frau Martinola-Wellings (Jugendamtseleternbeirat) über unterschiedliche Angaben zu fehlenden Plätzen in Schildgen verweist Herr Zenz auf die Angaben der Leiterin in Schildgen.

Herr Klein kann nicht nachvollziehen, dass die Förderung nicht für einzelne Kindertagesstätten aufgebrochen werden soll. Die eingruppigen Einrichtungen seien mit Ausnahme der in Schildgen wegen des dort hohen Bedarfs geschlossen worden. Er sei verwundert darüber, dass im März und im Oktober die Zahlen platzsuchender Eltern hoch, aber im Sommer niedrig seien.

Herr Mumdey ist der Auffassung, die Einrichtungen aller Träger müssten (finanziell) gleich behandelt werden. Außerdem gehe er bei der Bedarfsberechnung davon aus, dass für jedes Kind ein Platz

zugrunde gelegt würde. Im Ergebnis sei eine Vollversorgung erreicht, wenn etwa 90 % der Kinder einen Platz bekommen.

Herr Zenz ergänzt, dass die Wartelisten keine Berechnungsgrundlage sind. Es sei nicht bekannt, wie viele Kinder mehrfach auf Wartelisten auftauchen. Berechnungsgrundlage sind die Einwohnermeldedaten bzw. die daraus ermittelten Prognosen. Bei den über Dreijährigen würden 3 ¼ Jahrgänge 100 % entsprechen. Das heiße aber, dass bei dieser Quote stadtweit ca. 200 Plätze fehlen. Herr Mumdey habe aber zutreffend darauf hingewiesen, dass nicht für jedes Kind ein Platz in Anspruch genommen wird. Auftretende Abweichungen können mit den vorhandenen Regularien aufgefangen werden.

4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Frau Münzer trägt keine Mitteilungen vor.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters 0247/2013

Herr Haas berichtet zu Ziffer 5 der Mitteilung (Vereinbarung mit den Jugendverbänden gemäß §§ 8a und 72a SGB VIII) über die Jugendamtsleiterkonferenz am 06.06. Durch die Einführung des Bundeskinderschutzgesetzes wurden Neuregelungen erforderlich. In den nächsten Monaten erfolge eine generelle Regelung bezogen auf den Bereich Hilfe zur Erziehung und der Eingliederungshilfe. Kreisweit würde auch eine eigene generelle Vereinbarung für den Bereich der Kitas, OGS, Tagespflege und Offene Kinder- und Jugendarbeit/Jugendverbandsarbeit erarbeitet. Der Jugendhilfeausschuss wird mit dem Ergebnis befasst.

Herr Zenz verweist auf die Tischvorlage zu TOP A 6 der letzten Sitzung (Mehrkosten für die Einrichtung von 20 Kindergartenplätzen in Schildgen, *Anlage 2*). In der Tischvorlage sind die Kosten für das gesamte Jahr 2014 dargestellt.

Frau Münzer teilt zu Ziffer 4 der Vorlage (Räume für MiKibU) mit, dass sich der Verein zur Förderung der Jugend- und Sozialarbeit e. V. aufgelöst hat. Herr Haas ergänzt, dass MiKibU dessen Räumlichkeiten bezogen hat. Herr Kreutz (SPD-Fraktion) bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Arbeit.

6. Tätigkeitsbericht 2012 der gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle der Jugendämter im Rheinisch-Bergischen Kreis beim Jugendamt der Stadt Bergisch Gladbach 0248/2013

Bezug nehmend auf eine Anfrage Herrn Dr. Bernhausers erklärt Herr Haas, derzeit gebe es keine anonymen Geburten im Rheinisch-Bergischen Kreis. Die Adoptionsvermittlungsstelle kooperiert auf diesem Gebiet mit den Krankenhäusern.

Herr Schnöring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach dem Rechtsanspruch adoptierter Kinder, ihre leiblichen Eltern ausfindig zu machen. Er möchte wissen, wie dies im Jugendamt gehandhabt wird und wie oft solche Anfragen gestellt werden. Würde eine Antwort den Rahmen sprengen, sei er für einen Bericht in einer der nächsten Sitzungen dankbar. Herr Haas sagt eine Vorlage für die nächste Sitzung zu.

Herr Klein weist darauf hin, dass der Trend zu immer weniger vorgemerkten Adoptionsbewerbern und zu weniger vermittelten Kindern geht. Er möchte wissen, ob sein Eindruck richtig sei. Außerdem möchte er wissen, ob es Anfragen eingetragener Lebensgemeinschaften gebe.

Dazu erklärt Herr Haas, im Landesdurchschnitt sei der Trend vermittelter Kinder rückläufig. Bezogen auf Bergisch Gladbach können die Zahlen durch eine Auflistung auf die letzten Jahre bezogen nachgewiesen werden. Diese Tätigkeit sei insgesamt sehr schwierig.

Zur zweiten Frage könne er keine Angaben machen. Das Jugendamt Bergisch Gladbach stehe dem sehr offen gegenüber. Die Prüfung erfolge nach der Geeignetheit der Adoptionsbewerber.

Frau Münzer schlägt vor, Frau George in die September-Sitzung einzuladen.

7. Sachstandsbericht Aufgabengebiet Vormundschaften und Pflegschaften *0261/2013*

Frau Lehnert (CDU-Fraktion) fragt nach Entwicklung der Vormundschaften in den letzten Jahren und möchte die entsprechenden Zahlen wissen.

Herr Klein fragt nach der Aufteilung in private und Amtsvormundschaften.

Herr Haas sagt eine Vorlage für die Sitzung im September zu.

8. Modellprojekt "Großtagespflege" *0268/2013*

Herr Buchen (CDU-Fraktion) beantragt eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses vor der Ratssitzung am 18.07.2013. In der heutigen Sitzung sei keine ausführliche Beratung erforderlich. Es sollen aber Fragen gestellt werden.

Die CDU-Fraktion sei von der Vorlage überrascht. Bereits vor 1 ½ Jahren wurde u. a. beschlossen, die Einführung der Großtagespflege und ihre Voraussetzungen zu prüfen. Als dritter Schritt sollte mit einem konkreten Träger bzw. konkreten Modellprojekt gestartet werden. Diese Vorlage beschäftige sich mit beidem. Problematisch sei auch, dass finanzielle Entscheidungen getroffen werden sollen. Interessieren würden ihn auch andere Modelle als das beschriebene Siegener Modell. In der CDU-Fraktion bestehe insgesamt Beratungsbedarf.

Auch Herr Kreutz (SPD-Fraktion) geht auf die Vorgeschichte der Vorlage ein. Den angemeldeten Beratungsbedarf könne er nachvollziehen. Die SPD-Fraktion unterstütze den Antrag auf eine Sondersitzung. Er bittet darum, Antworten auf gestellte Fragen allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Herr Köchling (Caritasverband) begrüßt eine Vertagung. Es könne aber nicht nur um die Beantwortung von Fragen gehen. Auch in der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe soll die grundsätzliche Fragestellung geklärt werden, um evtl. einvernehmlich zu einem Beschluss zu kommen. Für die Diskussion der gestellten Fragen stand nicht genug Zeit zur Verfügung.

Herr Mumdey zeigt sich überrascht von einigen Sachverhaltsdarstellungen, die in der Verwaltung nicht diskutiert wurden. Er sei daher daran interessiert, allen Beteiligten den gleichen Sachverhalt zu vermitteln. Er sehe auch kein Problem damit, die Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe nochmals einzuladen.

Herr Klein hält die Zeitspanne bis zur Ratssitzung für zu kurz gewählt. Dieses neue Projekt wurde lange Zeit nicht behandelt und solle jetzt innerhalb weniger Wochen abgeschlossen werden. Er be-

antragt eine Vertagung in die reguläre Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.09.2013 und verweist auf den Fragenkatalog seiner Fraktion (*Anlage4*).

Frau Münzer verweist auf Fristen, die eingehalten werden müssen.

Frau Schöttler-Fuchs (SPD-Fraktion) verstand die Beratung so, dass inhaltlich diskutiert und ein Ergebnis erzielt werden soll. Die einzelnen Modelle sollen miteinander verglichen werden. Im Übrigen könne die Verwaltung weiterarbeiten. Sie begrüßt den Termin unmittelbar vor der Ratssitzung.

Herr Buchen hält eine Vertagung bis nach der Ratssitzung für problematisch. Da ein konkreter Maßnahmenbeschluss getroffen werden soll, müssen auch der Haupt- und Finanzausschuss und ggfs. der Rat einen Beschluss fassen. Es sollen auch für Folgejahre Mittel bereitgestellt werden.

Frau Martinola-Welling berichtet über Versuche mit Großtagespflegestellen, die alle gescheitert seien. Die Kinder müssten dann auf Kindergärten verteilt werden. Daher möchte sie wissen, ob darüber nachgedacht wurde, dass sich diese Kinder dann irgendwo anders eingewöhnen müssten.

Frau Münzer bittet darum, weitere Fragen im Vorfeld der Sondersitzung zu stellen, damit sie während der Sondersitzung beantwortet werden können. Herr Mumdey schließt sich diesem Vorschlag an.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB)

Der Antrag auf Vertagung in die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.09.2013 wird abgelehnt.

2. (mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB)

Dieser Tagesordnungspunkt wird in eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.07.2013 vor der Ratssitzung vertagt. Die Sondersitzung soll zwei Stunden dauern, um 15.00 Uhr beginnen und im Ratssaal Bensberg stattfinden.

9. Neu-Konzeption Spielgruppen 0271/2013

Auf Anfrage Herrn Droeges (Katholische Kirche) erklärt Herr Zenz, die Spielgruppen seien im Zusammenhang mit den Angeboten der Tagesbetreuung für Kinder zu sehen. In einer Spielgruppe untergebrachte Kinder nehmen nicht unbedingt einen Kindergartenplatz in Anspruch und helfen so, den Rechtsanspruch zu erfüllen. Indirekt würde also nicht über freiwillige Ausgaben gesprochen.

Frau Martinola-Welling ist der Auffassung, damit würden die Eltern für dumm verkauft. Die meisten Eltern wären gezwungen, ihr Kind in Betreuung zu geben, damit sie arbeiten können. Sie ist der Auffassung, eine 15-stündige Unterbringung helfe keinen Eltern, die arbeiten gehen müssen oder wollen. Frau Münzer wirft ein, diese Eltern würden sich ohnehin um einen Kindergartenplatz bemühen.

Herr Mumdey sieht in den Spielgruppen ein gewachsenes Angebot. Die Verwaltung bemühe sich um eine Begründung für eine pflichtige Darstellung der Kosten. Grundsätzlich seien die Spielgruppen aber eine freiwilliges Angebot.

Herr Zenz verweist darauf, dass sich nicht alle Eltern in der von Frau Martinola-Welling beschriebenen Lage befinden. Spielgruppen sind z. B. für solche Eltern ein Angebot, die ihre Kinder nicht

in einen Kindergarten, ihren (Einzel)Kindern aber die Möglichkeit geben wollen, mit anderen gleichaltrigen Kindern zu spielen.

Frau Lehnert verweist auf die Mütter, denen für einen Berufseinstieg eine 15-stündige Unterbringung reicht. Dafür seien Spielgruppen ein bedarfsgerechtes sehr gutes Angebot. Ihres Wissens gebe es eine Vereinbarung mit dem Landrat, die Kosten für Spielgruppen nicht als freiwillige Kosten anzusehen.

Herr Buchen bedauert Frau Martinola-Wellings Wortwahl, die den Spielgruppen nicht gerecht würde. Absicht sei ein breites Angebot an Unterbringungsmöglichkeiten, das der jeweiligen Situation der Eltern gerecht werden soll. Im Hinblick auf den Rechtsanspruch ab 01.08. könne es nicht Ziel sein, Kindergartenplätze durch Spielgruppen zu ersetzen. Durch sie würde aber der Druck auf die Kindertagesstätten gemindert, mehr 25-Stunden-Plätze anbieten zu müssen. Seine Fraktion begrüße die vorgeschlagene Weiterentwicklung der Spielgruppen. Es bleibe abzuwarten, wie das Angebot angenommen wird.

Herr Cleve (FDP-Fraktion) möchte wissen, ob Eltern einen Anspruch auf Betreuungsgeld haben, die ihr Kind in eine Spielgruppe geben. Durch eine solche Regelung würde eine Doppelsubventionierung entstehen.

Dies ist nach Mitteilung Herrn Zenz' noch nicht endgültig geklärt. Eine erste Einschätzung geht dahin, dass der Besuch einer Spielgruppe nicht zu einer Einschränkung des Betreuungsgeldes führt. Zukünftige Regularien bleiben abzuwarten. Die Situation gebe es frühestens vom 01.08.2014 an. Betreuungsgeld gebe es nur für Kinder, die nach dem 01.08.2012 geboren werden, in aller Regel ab dem 15. Monat. Kinder müssen zwei Jahre alt sein, um eine Spielgruppe besuchen zu können. Über die Richtlinien soll in der nächsten Sitzung entschieden werden; sie können an Entwicklungen der Regularien angepasst werden.

Herr Schnöring weist darauf hin, dass nach seinen Informationen die Elterngeldstellen, also die Kreise, für das Betreuungsgeld zuständig werden sollen. Er möchte wissen, ob zur nächsten Sitzung die Auswirkung des Betreuungsgeldes auf die Stadt Bergisch Gladbach dargestellt werden können. Besonders interessiere ihn, ob Personal des Jugendamtes der Stadt Bergisch Gladbach darin eingebunden wird.

Dazu verweist Herr Zenz zunächst auf seine Ausführungen zu diesem Thema und erklärt sodann, erste Daten würden schätzungsweise frühestens im Oktober zur Verfügung stehen. Eine erste mündliche Einschätzung könne daher erst in der Sitzung am 26.11.2013 erfolgen.

Hinsichtlich des Personals sehe er keine Auswirkungen für die Stadt, solange die Zuständigkeit für das Betreuungsgeld bei Kreisen und kreisfreien Städten liegt. Allenfalls wäre Bergisch Gladbach von einer Finanzierung über die Kreisumlage betroffen.

Herr Klein sieht nach wie vor Probleme bei der Versorgung von Kindern in Tageseinrichtungen oder ähnlichem. Er hält es für erforderlich, die finanziellen Auswirkungen miteinander zu vergleichen, anstatt sie gegenüberzustellen. Insgesamt finde er die Darstellung nicht schlüssig.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB)

1. Die Spielgruppen sollen in der beschriebenen Form weiter entwickelt werden.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die „Richtlinien zur Förderung der Spielgruppen“ entsprechend anzupassen.

10. Delfin 4 und die Ergebnisse Sprachstandsfeststellung 2012
0256/2013

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

11. Antrag des Vereins Hopps e. V. - Entwicklungsförderung mit dem Pferd und Heilpädagogisches Reiten und Voltigieren, Platanenweg 7, 51467 Bergisch Gladbach, auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII
0263/2013

Herr Haas erläutert die Vorlage. Ein Anerkennungsbescheid kann nur erlassen werden, wenn der Vereinssitz notariell beglaubigt in Bergisch Gladbach erfolgt.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Jugendhilfeausschuss erkennt den Verein Hopps e. V. als freien Träger der Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII an.

12. Anträge der Fraktionen

Es werden keine Anträge gestellt.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Buchen berichtet lobend über die 72-Stunden-Aktion „Uns schickt der Himmel“ des BDKJ Deutschland. Sein Lob richtet sich nicht nur an die 34 Jugendgruppen mit über 600 aktiven Kindern und Jugendlichen. Lob gebühre aber auch der Stadtverwaltung, die teilweise sehr kurzfristig eingesprungen sei.

Frau Münzer dankt im Namen und unter Beifall des Jugendhilfeausschusses den Jugendlichen und bittet Herrn Buchen, den Dank weiter zu geben.

Herr Schnöring

Wie ist der Sachstand in Bezug auf die Bikergruppe bzgl. des Skate-Parks?

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Antwort zu.

Frau Münzer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.21 Uhr.

Münzer
Vorsitzende

Schriftführung